2009/34 Inland

https://jungle.world/artikel/2009/34/gott-die-welt-und-die-dorfgemeinschaft

Die Einführung des Islamunterrichts an deutschen Schulen

Gott, die Welt und die Dorfgemeinschaft

Von **Magnus Klaue**

Christdemokraten wollen verwirklichen, wovon multikulturalistische Linke träumen: die Einführung des Islamunterrichts an deutschen Schulen. Was als progressive Maßnahme verkauft wird, ist nichts als die Kapitulation vor einer deprimierenden Wirklichkeit.

Als in Berlin über die Einführung des so genannten Ethikunterrichts gestritten wurde, der nach dem Willen der Landesregierung als Pflichtfach den freiwilligen Religionsunterricht ergänzen sollte, standen sich knöcherne Dogmatiker und atheistische Ethiker scheinbar unversöhnlich gegenüber. Nachdem die Bürger im Volksentscheid vor einigen Monaten mehrheitlich für das Ethik-Modell votiert hatten, erschienen die Verteidiger des Religionsunterrichts endgültig als hinterwäldlerische Trottel, die die Notwendigkeit einer konfessionellen Bildung beschwören, mit der im modernen Deutschland niemand einen Blumentopf gewinnen kann.
Indessen waren sich die vermeintlichen Gegner, wie so oft bei basisdemokratischen Grabenkämpfen, ähnlicher, als es den Anschein hatte. Die Freunde des Ethikunterrichts gaben sich keineswegs als Feinde jeglichen religiösen Bekenntnisses, sondern als Verteidiger einer »Vielfalt« religiöser Anschauungen, zu denen irgendwie auch der Atheismus zu rechnen sei. In jedem Fall, so ihr Argument, komme die Privilegierung des konfessionellen Unterrichts einer Verletzung der »Meinungsfreiheit« der Schüler gleich. Auch die Apologeten des Religionsunterrichts traten aber nicht als Mahner vor dem Untergang des Abendlandes auf, sondern als routinierte Werber für authentischen Glauben.

Konsens bestand über die Notwendigkeit kultureller »Toleranz«, die von der einen Seite mit der Vielfalt der Menschenwelt, von der anderen Seite mit der sozialen Bindungskraft jeglichen Bekenntnisses begründet wurde. Diese Einigkeit im scheinbaren Streit erhellt auch einen anderen Widerspruch in der gegenwärtigen schulpolitischen Diskussion: die Merkwürdigkeit, dass reaktionäre Integrationspolitiker wie Innenminister Wolfgang Schäuble, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (beide CDU) oder der hessische Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) ein Projekt forcieren, das klingt, als

sollten die Forderungen multikulturalistischer Grüner erfüllt werden.
Wulff, der strengen Sprachtests für Migranten ebenso viel abgewinnen kann wie der Idee einer Deutschpflicht auf Schulhöfen, forderte bereits 2006 die Einführung islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen, die er seither in seinem Bundesland zügig vorangetrieben hat, und Schäuble erklärte nach der Islam-Konferenz im vergangenen Jahr, ein bundesweiter Islamunterricht könne schon bis 2013 möglich werden. Hahn und seine Parteikollegin aus dem Kultusministerium, Dorothea Henzler, wollen nun nach niedersächsischem Vorbild auch in Hessen hierfür einen Pilotversuch starten. Als Träger für den Islamunterricht hat sich die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) angeboten, die im März dieses Jahres einen hessischen Landesverband gegründet hat, in dem mehr als 80 Ortsvereine zusammengefasst sind.

Als gute Voraussetzung für die Pläne der Ditib betrachtet Bekir Alboga, Beauftragter des Verbandes für »interreligiösen Dialog«, die Tatsache, dass in Hessen an der Frankfurter Goethe-Universität bereits Islamische Theologie gelehrt werde, so dass jede Menge Absolventen als kompetente Lehrkräfte zur Verfügung stünden. Wenn es nach Alboga ginge, könnte schon in diesem Jahr mit regulärem Islamunterricht in Hessen begonnen werden.
Das Kultus- und das Integrationsministerium haben auf das Angebot der Ditib verhalten, aber nicht ablehnend reagiert. Anders als die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH), die zuvor ihre Mitarbeit angeboten hatte, deren Verfassungstreue aber in Zweifel steht, gilt die Ditib wegen ihrer engen Bindung an den türkischen Staat als sicherere Kandidatin. Indes ist gerade die enge Staatsbindung des Vereins ein Problem: Die Ditib ist faktisch Teil der türkischen Staatsgewalt, die Imame, die sich in ihrem Auftrag in Deutschland aufhalten, sind zwar formell eigenständig, werden aber vom türkischen Staat bezahlt und agieren als mittelbare Staatsfunktionäre.
Wie sich diese Konstellation mit dem staatlichen Bildungsauftrag und der Loyalitätsforderung an Staatsbeamte hierzulande verträgt, ist eine offene Frage. Hinzu kommt, dass die Ditib auch von in Deutschland lebenden Türken scharf kritisiert wird. Insbesondere armenische und alevitische Organisationen werfen dem Verein mangelnde Distanz zu extremistischen Verbänden vor und betonen, dass die Mehrheit der säkularen Türken sich von der Ditib nicht vertreten fühle.
Welche Bedeutung den Lehrstühlen für Islamische Theologie, die seit einiger Zeit, begünstigt durch die Mode des Postkolonialismus, aus dem Boden gestampft werden, für den Schulunterricht zukommen könnte, ist vollends unklar. Als gesichert kann hingegen gelten, dass die Emanzipation der Theologie von der Religion, die die kritische Auseinandersetzung mit Religion, etwa in Form der Religionsgeschichte, überhaupt erst möglich macht, im Islam einstweilen aussteht. Die Lockerheit, mit der hierzulande im Religionsunterricht über Gott und die Welt geplaudert und der Stress des Schulalltags vergessen werden darf, wäre jedenfalls im Islamunterricht, und zwar gerade im »kompetenten«, kaum denkbar.

Christdemokratische und multikulturalistische Ideologen versprechen sich von der Einführung eines Islamunterrichts in Wahrheit denn auch nicht eine Erziehung zu mehr »Toleranz«, sondern eine, wie das hessische Integrationsministerium verlauten lässt, »bekenntnisorientierte Erziehung« zu »Kulturstolz« und Autochthonie. Eben deshalb ist

das vermeintlich linke Projekt eines Ethikunterrichts für die neue kulturalistische Propaganda besser geeignet als ein konservativer Begriff theologischer Dogmatik. Anders als die Moralphilosophie, die seit ihren Ursprüngen in der französischen Aufklärung stets auch Moralkritik impliziert, ist die Ethik seit jeher verfilzt mit Repression und protestantischer Selbstdisziplinierung. Unterweisung in »Ethik« wird immer gefordert, wenn Religion und Moral erodiert sind und die Sehnsucht nach unmittelbarem, nur aus sich selbst begründetem Gehorsam laut wird. Deshalb haben Organisationen wie Milli Görüs die Durchsetzung des Ethikunterrichts in Berlin zu Recht als einen Sieg ihrer eigenen Sache gefeiert.
»Ethik« statt »Religion« meint eben nicht die Durchsetzung eines bürgerlichen Säkularismus, der das Christentum als Element des eigenen Selbstverständnisses umso freigeistiger zum Gegenstand öffentlicher Diskussion machen kann, je weniger er sich genötigt sieht, jeden Bürger auf das christliche Glaubensbekenntnis zu verpflichten. Vielmehr erstrebt die Aufwertung der Ethik einen Pluralismus der Repressionen, der jeden unbefragten Glauben als nützliches Instrument sozialer Disziplinierung in Dienst nimmt. So wie man bei der Aufrechterhaltung der Reste des Sozialstaats und der Durchsetzung staatlicher Repressionsgewalt nicht ohne die in Kulturvereinen und Kiezgruppen organisierten islamischen Rackets auskommt, so verspricht man sich von der Kooperation mit den Imamen die basisdemokratische Durchsetzung jener freiwilligen Heteronomie, derer eine sich als »Einwanderungsland« konstituierende Volksgemeinschaft bedarf, um nicht auseinanderzufallen.

Insofern sanktioniert die Einführung des Islamunterrichts, was im vorschulischen Alltag der islamischen Communities schon lange üblich ist. Die Kindertagesstätten in einschlägigen Kiezen verzeichnen schon seit Jahren eine ethnische Homogenisierung, die das, was am Multikulturalismus einmal progressiv gewesen sein mag, nämlich das Streben nach Aufhebung starrer kultureller Grenzen, ad absurdum geführt hat.
In Kitas, in denen der Anteil von Kindern aus islamischen Familien bei oft mehr als 80 Prozent liegt, kann die Einführung der entsprechenden Essens- und Kleidungsordnungen, über die in den Schulen immer noch der Staat mitzuentscheiden hat, basisdemokratisch beschlossen werden, ohne dass die Erzieher, die sich der Problematik der einst als Allheilmittel gepriesenen »interkulturellen Erziehung« längst bewusst geworden sind, den solcherart geschaffenen Tatsachen etwas Substanzielles entgegensetzen könnten. Wo aber der Kiez zur genauen Verdopplung der autochthonen Dorfgemeinschaft wird, müssen auch die Schulen ideologisch und personell früher oder später darauf reagieren. Der vermeintliche Fortschritt, zu dessen Vorkämpfer sich nun Hessen erklärt, nickt in Wahrheit eine Entwicklung ab, die längst stattgefunden hat.

© Jungle World Verlags GmbH